



PRESSEMITTEILUNG

Pflanzenschutzmittel: Hartmann-Müller begrüßt SUR-Abstimmungsergebnis

Das Europäische Parlament hat sich heute (22. November 2023) gegen schärfere Vorgaben für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erklärt. Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller begrüßt das Votum und erklärt, welche Folgen die Sustainable Use Regulation (SUR) für die Landwirtschaft in der Region gehabt hätte.

Waldshut-Tiengen, 22.11.2023

Sabine Hartmann-Müller MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 8420
sabine.hartmann-mueller@
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 83 52 605
sabine.hartmann-mueller.wk@
cdu.landtag-bw.de



Erleichtert über das Ergebnis der heutigen Abstimmung über die Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln - Sustainable Use Regulation (SUR) - zeigt sich Sabine Hartmann-Müller (CDU), die den Wahlkreis Waldshut-Rheinfelden im baden-württembergischen Landtag vertritt. „Ich bin froh, dass die EU-Parlamentarier im Sinne unserer Landwirte und Verbraucher votiert haben. Die Vorlage hätte insbesondere für den Wein- und Obstanbau am Hochrhein weitreichende Folgen gehabt“, so die Abgeordnete.

Mit dem Beschluss konnte ein pauschales Verbot von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Gebieten abgewendet werden. „Ein Mindestmaß an Pflanzenschutzmitteln muss einfach eingesetzt werden, um die heimische Produktion zu erhalten“, sagte Hartmann-Müller. Gerade in Zeiten hoher Verbraucherpreise und wachsendem Hunger in der Welt ist es nicht zu vermitteln, warum die Erträge künstlich reduziert werden sollen.

Die CDU-Landtagsfraktion, deren Vorstand Hartmann-Müller angehört, hatte bereits vor zwei Wochen eine aktuelle Debatte zur SUR beantragt und auf die schweren Folgen der Vorlage hingewiesen. „Mit dem baden-württembergischen Biodiversitätsstärkungsgesetz haben wir auf Landesebene bereits einen guten Weg gefunden, den Einsatz von chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmitteln bis 2030 um 40 bis 50 Prozent zu verringern“, so Hartmann-Müller.

Besser ist es, mit Anreizen weniger Pflanzenschutzmitteleinsatz, mehr Biolandwirtschaft und mehr Refugialflächen zu erreichen, anstatt die Landwirtschaft in vielen Regionen durch pauschale Gebote und Verbote in ihrem Bestand zu gefährden.